

Chef der Türkischen Gemeinde in SH kritisiert Referendum

Der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein, Dr. Cebel Küçükkaraca, kritisiert das vom türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan initiierte Referendum über eine Verfassungsänderung.



Cebel Küçükkaraca, der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein blickt in Kiel (Schleswig-Holstein) in die Kamera.
Quelle: Carsten Rehder/dpa

31.03.2017

Lübeck. Das von Präsident Recep Tayyip Erdogan initiierte Referendum über eine Verfassungsänderung in der Türkei spaltet die Gruppe der türkischstämmigen Bürger in Deutschland. „Einige Menschen haben mir mitgeteilt, dass sie Angst hätten zur Wahl zu gehen, weil sie befürchteten, dass ihnen der Pass im Konsulat abgenommen würde“, sagt Dr. Cebel Küçükkaraca, Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein.

„Viele Leute haben Angst vor Repressalien und fühlen sich bedroht, daher wollen viele nach einer Äußerung ihrer Meinung gegenüber den Medien zumeist anonym bleiben.“ Aufgrund der mangelnden Aufklärung handele es sich um ein „unehrliches“ Referendum, da viele nicht wissen, was ihr ‚Evet‘ (ja) oder ‚Hayir‘ (nein) bedeuten kann“, fügt er hinzu.

Die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein ist der Dachverband von 18 Gemeinden, hat etwa 2000 Mitglieder und ist nicht religiös gebunden. Die Maßnahmen, die nach dem Referendum in Kraft treten, könnten „der Demokratie in der Türkei nicht förderlich sein“, meint Küçükkaraca, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde ist.

In Schleswig-Holstein und Hamburg sind insgesamt 83.000 Bürger aufgerufen, bis zum 9. April ihre Stimme im Türkischen Konsulat in Hamburg abzugeben. Viele reisen mit organisierten Bustouren zu den Wahlorten an. In anderen Bundesländern ist es vor den Konsulaten bereits zu hitzigen Wortgefechten zwischen Anhängern und Gegnern der Verfassungsänderung gekommen.



Stimmabgabe in Hannover: 1,4 Millionen Türken in Deutschland können über die Verfassungsänderung entscheiden. FOTO: KOPPELMANN/ACTION-PRESS

„Ich habe auch schon von Sorgen gehört, dass Menschen auf dem Konsulat der Pass abgenommen werden könnte“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli. „Es ist traurig genug, dass Menschen sich solche Gedanken machen, das ist ein klares Zeichen dafür, dass Erdogan die Menschen eingeschüchtert hat.“

Für ein Ja beim Referendum wirbt zum Beispiel die Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), in ihr sind Anhänger Erdogans organisiert. Das von Erdogan angestrebte System würde die Stellung des Präsidenten erheblich stärken, argumentieren die Befürworter der Verfassungsänderung. „Durch die Verfassungsreform wird das Land demokratischer“, sagt UETD-Generalsekretär Bülent Bilgi. Die UETD sieht eine „gigantische Schiefelage“ bei der Berichterstattung über die politische Entwicklung in der Türkei.

Die UETD hatte am 21. März überraschend angekündigt, dass die in Deutschland umstrittenen Werbeveranstaltungen türkischer Politiker für die angestrebte Verfassungsreform gestoppt werden. Generalsekretär Bilgi hatte erklärt, die Entscheidung sei als Geste des guten Willens und der Deeskalation im deutsch-türkischen Verhältnis zu verstehen.

„Wer beim Referendum mit Ja stimmt, muss mit den Konsequenzen leben. Es gab und gibt genügend Möglichkeiten, sich zu informieren“, sagt die Kieler Abgeordnete Serpil Midyatli.

„Ich Sorge mich um die eventuellen negativen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen für die Türkei, die das Referendum mit sich ziehen könnte“, sagt Cebel Küçükkaraca. „Aufgrund dessen, dass die staatlichen Mittel sowie die staatlichen Organe dem Präsidenten zur Verfügung stehen, ist die Opposition schwer in der Lage, ihre Gedanken und Aussagen über das Referendum zu äußern, beziehungsweise ihrem Volk näher zu bringen.“

Er lebe seit 35 Jahren in Deutschland, „so eine tiefe Spaltung habe ich noch nie erlebt“, sagt Küçükkaraca, „das macht mich unglücklich.“

Von Christian Risch und Laurence Gorodiski

<http://www.ln-online.de/Nachrichten/Norddeutschland/Chef-der-Tuerkischen-Gemeinde-in-SH-kritisiert-Referendum>